



Mazedonien
(Republik)



Quelle: CIA World Factbook

Politische Stabilität:

Die Republik Mazedonien befindet sich in einer schwierigen Lage, sowohl innenpolitisch als auch wirtschaftlich. Das 2001 unterzeichnete Ohrid-Abkommen, das die Beendigung der gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Teilen der albanischen Minderheit und mazedonischen Sicherheitskräften mit sich brachte und Reformen zur Bekämpfung der Diskriminierung von Minderheiten ankündigte, wird von der Mitte-Rechts-Regierung nicht vollständig umgesetzt, worauf die albanischen Oppositionsparteien mit Parlamentsboykott reagierten und Neuwahlen forderten. Somit gefährden der nationalistische Kurs der Regierungsparteien und die Kündigung der Zusammenarbeit mit der Zentralregierung durch die Opposition die politische Stabilität des Landes und damit auch Fortschritte auf dem Weg in die EU. Ein Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft kann nämlich nur in einem Dialog zwischen Regierung, Opposition und Vertretern aller Volksgruppen gelingen.

Im Fortschrittsbericht der EU-Kommission zu Mazedonien vom Herbst 2006 wurden drei wichtigste Bereiche hervorgehoben, die als eine Bedingung für Beitrittsverhandlungen betrachtet werden. Es handelt sich dabei sowohl um den Minderheitenschutz als auch um Wirtschafts- und Justizreformen. Positiv eingeschätzt wurden ein neues Gesetz, welches die Unabhängigkeit von Staatsanwälten und Richtern garantiert sowie die Polizeireform, die sich unter anderem die Transparenz und einen Minderheitenproporz zum Ziel gesetzt hat.

Menschenrechtssituation:

Armut und Arbeitslosigkeit erreichten in Mazedonien ein besorgniserregendes Niveau. Laut offiziellen Statistiken haben bis zu 18 Prozent der Bevölkerung keine Beschäftigung und nach der Einschätzung der Weltbank leben um die 22 Prozent der MazedonierInnen in absoluter Armut.

Trotz angekündigten Verbesserungen der Lage der Roma gibt es weiterhin Diskriminierungen zu verzeichnen, die hauptsächlich Roma-Frauen betreffen. Da sie nicht als mazedonische Bürgerinnen angesehen werden, genießen sie häufig keine ihnen zustehende Rechte, wie zum Beispiel Zugang zur Bildung, zum Arbeitsmarkt oder zum Gesundheitssystem. Dazu werden Fälle gemeldet, dass sogar seitens der Polizei die Roma-Minderheit Gewaltanwendung und Beleidigungen erleiden muss.

Besorgniserregend sind Verfahren und Entscheide im mazedonischen Justizsystem, die von der Öffentlichkeit und internationalen juristischen Experten kritisiert werden. Dazu zählen sowohl unverhältnismässig strenge Strafen in politischen Prozessen als auch gesetzeswidrige Amnestien von Personen, die in verbrecherische Tätigkeiten involviert waren.

Obwohl diese Entscheide die Objektivität und Unabhängigkeit der mazedonischen Justiz in Frage stellten, wurden keine Untersuchungen in die Wege geleitet. "Informative Gespräche" zu denen Verdächtige und Zeugen bei Polizeistationen vorgeladen werden, ohne über die ihnen zustehenden Rechte informiert zu werden, sind immer noch üblich.

Die häusliche Gewalt gegenüber Frauen ist in Mazedonien weit verbreitet, auch wenn Anklagen sehr selten stattfinden. Gründe dafür liegen im mangelhaften Zeugenschutz und seltenen Bestrafungen der Schuldigen. Kulturelle Normen, sowie patriarchale Familienstrukturen entmutigen die betroffenen Frauen, eine Anzeige zu erstatten. Man schätzt, dass 56 Prozent der Frauen Opfer von psychologischer und 18 Prozent der Frauen Opfer von physischer häuslicher Gewalt sind.

Menschenhandel von Personen, die der Prostitution oder Zwangsarbeit zugeführt werden, bleibt weiterhin ein ernstes Problem. Meistens sind die Betroffenen junge und schlecht ausgebildete Frauen und Kinder aus östlichen ländlichen Gebieten des Landes. Die Mehrheit der Opfer des inländischen Menschenhandels wird durch Familienangehörige oder Bekannte vermittelt.

Asylstatistik in der Schweiz (Stand Dezember 2006):

Total im Asylprozess: 314

Total im Verfahren: 74

Total im Vollzug: 240

Neue Asylgesuche im Zeitraum Januar-Dezember 2006: 69

Asylgewährungen: 2006 (0), 2005 (0), 2004 (0)

Negative Entscheide: 39

Vorläufige Aufnahmen: 27

NEE: 32

Quellen: Auswärtiges Amt; EDA; U.S. Department of State; Bundesamt für Migration, Asylstatistik 2006, 2005, 2004; UNHCR; Amnesty International; SFH.